Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 42-43/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR ZU POLITIK UND TAGESGESCHEHEN



23. Oktober '23

LKW-Maut-Erhöhung: Der nächste Inflationstreiber der Regierung!

Anlässlich meines Besuchs bei einer Spedition aus dem Wahlkreis wurde mir vollends deutlich, was die geplante Erhöhung der LKW-Maut zum 1. Dezember 2023 für die Transportunternehmer, aber letztlich auch für die Verbraucher, bedeutet. Bereits zum 1. Januar 2023 war die LKW-Maut angehoben worden. Nun kommen ab dem 1. Dezember noch 200 Euro je Tonne CO2-Ausstoß hinzu, wodurch sich die Mautkosten für die Unternehmen fast verdoppeln. Zusätzlich wird die Mautpflicht zum 1. Juli 2024 auch noch auf Fahrzeuge ab 3,5 to Gesamtgewicht ausgeweitet. Die Einnahmen der Bundesregierung aus der Maut schnellen dadurch von bisher 7,8 Milliarden pro Jahr auf voraussichtlich 15,2 Milliarden in die Höhe.

Hinzu kommt, dass der Termin 1. Dezember für die Transportbranche denkbar ungünstig gelegt ist, da es unterjährig praktisch unmöglich ist, Frachtraten nachzuverhandeln. Die erheblichen Mehrkosten für einen ganzen Monat werden die Unternehmen also ganz alleine zu stemmen haben. Für kleine und mittlere Unternehmen kann das in der ohnehin angespannten Wirtschaftslage existenzbedrohend werden.

Für das kommende Jahr bedeutet die erhöhte Maut einen weiteren Inflationstreiber. Denn natürlich werden die Unternehmen die höheren Kosten über höhere Frachtraten weitergeben müssen. Dadurch verteuern sich alle Produkte, die mit dem LKW transportiert werden und das ist in Deutschland nach wie vor der ganz überwiegende Teil der Konsumgüter. Experten gehen davon aus, dass eine vierköpfige Familie hierdurch mit 300 bis 400 Euro zusätzlich pro Jahr belastet wird.

Das Ganze ist nichts anderes als ein weiterer Taschenspielertrick der Bundesregierung zu Lasten der Bürger. Man will das Wahlversprechen, keine Steuern zu erhöhen vordergründig einhalten und bedient sich dafür schamlos einer Einnahmequelle, die zwar nicht Steuer heißt, aber die gleiche Wirkung entfaltet. Noch mehr vom hart verdienten Geld der Bürger landet in den Kassen des Staates, der es für immer zweifelhaftere Projekte geradezu zum Fenster hinauswirft.

Dieser rücksichtslosen Ausbeutung der Bevölkerung muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Die einzige Alternative zu zunehmender Verarmung und wirtschaftlichem Niedergang ist die Alternative für Deutschland. Bitte klären Sie die Menschen darüber auf. Viel Zeit haben wir nicht mehr.



04. Oktober '23

Bedrohung unserer Demokratie! Volle Solidarität mit Alice Weidel.

Was sind das für Töne?

Dass Frauke Petry 2015 etwas ähnliches gesagt hat, wird uns bisweilen heute noch vorgeworfen. Damals war das nach einhelliger Darstellung der Medien und aller Altparteien - auch von der CDU und Herrn Spahn - menschenverachtend und rechtsradikal. Und heute? Heute sieht die CDU was sie mit der verantwortungslosen Politik der offenen Grenzen selbst angerichtet hat und schreit nun "Haltet den Dieb". Das ist nicht nur unglaubwürdig, sondern geradezu heuchlerisch.

Aber natürlich hat Herr Spahn in der Sache Recht.¹ So, wie auch wir von der AfD damals schon Recht hatten. Hätte man uns damals zugehört, wären Deutschland viele Pro-

bleme erspart geblieben.

Denn selbstverständlich muss eine Grenzsicherung, die diesen Namen verdient, im Zweifel auch bereit sein, robuste Mittel einzusetzen. Bevor man allerdings dieses äußerste Mittel an die Wand malt, sollte man es erst einmal mit konsequenter Grenzsicherung versuchen und dann sehen, ob diese Maßnahme für sich nicht bereits abschreckend genug wirkt.

Ob die Altparteien, die CDU eingeschlossen, aber auch wirklich bereit sind, unsere Grenzen endlich zu schützen, wie es jedes andere Land der Welt auch tut, daran habe ich meine Zweifel. In der Vergangenheit gab es immer nur Ankündigungen, um die Gemüter zu beruhigen, auf die dann aber keine Taten folgten.

In jedem Fall ist festzuhalten, all unsere Warnungen, für die wir jahrelang auf übelste Weise beschimpft worden sind, stellen sich nun als gerechtfertigt heraus. Und es ist geradezu jämmerlich, wie die Altparteien nun, nachdem es fast zu spät ist, noch versuchen, auf den Zug von Vernunft und Rechtsstaatlichkeit aufzuspringen.

WELT online vom 25.10.23 ""Irreguläre" Migrationsbewegungen notfalls "mit Gewalt" aufhalten"



20. Oktober '23

KOnferenz der EU-Innenminister: Nicht reden, sondern Grenzen sichern!

Bisher war jede Ankündigung von Bundesregierung und EU zur Begrenzung der illegalen Einwanderung leeres Geschwätz.

Wir brauchen endlich wirkungsvolle Maßnahmen!

Wie soll man so etwas nennen? Realitätsverweigerung?

Kriegspropaganda?

Kadavergehorsam?

Jedenfalls verfestigt sich hier einmal mehr der Eindruck, dass diese Regierung laufend die Augen vor Gefahren für unsere innere Sicherheit verschließt.

Und das kann brandgefährlich für uns alle werden.

Auf der Website "AfD-Kompakt" finden Sie weiteres zum Thema: https://afdkompakt.de/2023/10/19/konferenz-der-eu-innenministernicht-reden-sondern-endlich-grenzen-sichern/



19. Oktober '23

Die CDU versucht nun, die AfD zu kopieren und verstrickt sich in immer neue Widersprüche.

Die Parlamentswoche in Berlin stand ganz im Zeichen des Nahostkonflikts und seiner Ausläufer auch nach Deutschland. Unter dem Eindruck der Schrecken in Israel und der antisemitischen Auswüchse in deutschen Städten überschlagen sich die Altparteien, allen voran die CDU/CSU, derzeit mit Forderungen nach einer härteren Linie gegen den radikalen Islamismus und den damit verbundenen Antisemitis-

mus. Dabei verdrängen sie offenbar, dass sie selbst die AfD noch vor wenigen Wochen für die gleichen Forderungen beschimpft, ausgegrenzt und diffamiert hatten. Mehr als 20 Anträge, die Antisemitismus und Islamismus eindämmen sollten, haben wir in den Jahren seit 2017 in den Deutschen Bundestag eingebracht. Alle wurden abgelehnt. Nun ist das Kind in den Brunnen gefallen und niemand will verantwortlich sein.

Weitere Themen:

- Jetzt fordert auch die CDU Bürgerarbeit für Bürgergeld Vor einem Jahr hatten sie unseren Antrag noch abgelehnt.
- Unser Antrag zur Eindämmung der Genderideologie und die Reaktionen darauf Das Video finden Sie unter folgendem Link: https://www.facebook.com/watch/?v=646078830886343 Bis zum nächsten Mal! Herzlich,

Ihr Michael Kaufmann

EINWEIHUNG DES GRACE-HOPPER-BAUS AN DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT ILMENAU







24. Oktober 23: In dem Rechenzentrum sind neben den Servern für zahlreiche Computeranwendungen Forschungsund Computerlabore untergebracht. Die TU Ilmenau wird als Forschungsstandort für audiovisuelle Medien gestärkt.

25. Oktober 23: Impressionen unserer AfD-Veranstaltung "Bürger im Gespräch" mit meinen Kollegen Marcus Bühl, MdB und Dr. Jens Dietrich in Großbreitenbach.













20.Oktober '23

Unglaublich, welche hochkarätigen Orchester es in Thüringen gibt: Der Handglockenchor Gotha in der Berliner Philharmonie beim Festkonzert "70 Jahre Deutscher Musikrat" Bravo!

Das Video können Sie unter folgendem Link abrufen:

https://www.facebook.com/watch/?v=315720537754546







25. Oktober '23: Ein Ständchen für die Thüringer Verfassung : Vor 30 Jahren, am 25.10.1993, wurde die Thüringer Landesverfassung beschlossen.

Auf der Wartburg, dem Thüringer Wahrzeichen, gab es aus diesem Anlass eine Feierstunde.



29. Oktober '23: Ein ereignisreicher Samstag

Zunächst ging es für mich zum Kreisparteitag (AfD Gera Jena SHK). Im Anschluß daran gleich weiter zur großen Demo nach Erfurt mit unseren Landeschefs aus dem Osten.











KOMMENDE TERMINE:









Prof. Dr.-Ing.

Michael Kaufmann, MdB

www.Kaufmann-Michael.de





www.Kaufmann-Michael.de



f @AfDKaufmann



@KaufmannAfD



Michael.Kaufmann@bundestag.de





V.i.S.d.P: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557